

Kapitel

Initiator*innen: Mitgliederversammlung (dort beschlossen am: 06.06.2026)

Titel: Handlungsfähiges Braunschweig: Starke Finanzen, Verwaltung, Digitales und Beteiligung

Text

1 Eine Stadt kann nur dann gerecht, klimaneutral und lebenswert werden, wenn sie
2 handlungsfähig bleibt. Kommunalpolitik entscheidet sich nicht nur an guten
3 Ideen, sondern daran, ob Kitas, Schulen, soziale Einrichtungen, Kultur, Sport,
4 Mobilität, Klimaschutz und Verwaltung verlässlich finanziert, geplant und
5 umgesetzt werden können. Für uns ist klar: Ein funktionierendes Braunschweig ist
6 die Grundlage für Vertrauen in Demokratie.

7 Doch die finanzielle Lage der Kommunen ist angespannt. Immer mehr Aufgaben
8 werden vor Ort erledigt, ohne dass Bund und Land dauerhaft ausreichend Geld
9 dafür bereitstellen. Das betrifft etwa Kinder- und Jugendhilfe, Ganztage,
10 Eingliederungshilfe, Pflege, Wohngeld, Integration, Personal und Infrastruktur.
11 Wenn Kommunen damit allein gelassen werden, drohen Kürzungsdebatten,
12 Investitionsstau und Überlastung in der Verwaltung. Wir wollen deshalb beides:
13 vor Ort verantwortungsvoll haushalten und zugleich klar einfordern, dass Land,
14 aber insbesondere der Bund die Kommunen endlich strukturell besser finanzieren.

15 Eine handlungsfähige Stadt braucht aber nicht nur Geld. Sie braucht eine moderne
16 Verwaltung, gute Arbeitsbedingungen, klare Zuständigkeiten, digitale Angebote,
17 Datenschutz, transparente Entscheidungen und echte Beteiligung. Digitalisierung
18 und Künstliche Intelligenz können dabei helfen, Verfahren zu vereinfachen und
19 Beschäftigte zu entlasten. Sie dürfen aber nicht zum Selbstzweck werden und
20 niemanden ausschließen. Verwaltung muss für die Menschen da sein – verständlich,
21 erreichbar, diskriminierungsfrei und lösungsorientiert.

22

A) Solide Finanzen: investieren, priorisieren, öffentliches Eigentum sichern

Unsere Leitlinie ist ein nachhaltiger, generationengerechter Haushalt. Wir wollen sorgsam mit öffentlichen Mitteln umgehen und zugleich notwendige Zukunftsinvestitionen ermöglichen. Sanierungen aufzuschieben, die soziale Infrastruktur auszudünnen oder Klimaschutz zu vertagen, ist keine Sparsamkeit, sondern verschiebt Kosten in die Zukunft. Pauschale Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip lehnen wir ab.

Solide Finanzen bedeuten für uns aber nicht nur, Ausgaben zu begrenzen. Eine handlungsfähige Stadt braucht auch verlässliche und gerechte Einnahmen. Deshalb wollen wir kommunale Einnahmemöglichkeiten verantwortungsvoll nutzen, Gebühren sozial ausgewogen und sachgerecht weiterentwickeln und dort, wo Bund und Land über die entscheidenden Stellschrauben verfügen, klar für eine bessere kommunale Finanzausstattung eintreten.

- **Zukunftsinvestitionen schützen:** Wir setzen uns dafür ein, dass Braunschweig auch unter angespannter Haushaltslage weiter in Kitas, Schulen, soziale Einrichtungen, Kultur, Sport, bezahlbares Wohnen, Klimaschutz, Mobilität, Digitalisierung und Verwaltung investiert. Notwendige Sanierungen und Modernisierungen dürfen nicht auf kommende Generationen abgewälzt werden.
- **Haushalt ehrlich priorisieren:** Finanzielle Spielräume sind begrenzt. Deshalb wollen wir Haushaltsentscheidungen transparenter machen, Prioritäten klar benennen und offen darstellen, welche Folgen Einsparungen hätten. Bürger*innen sollen besser nachvollziehen können, wofür die Stadt Geld ausgibt, welche Investitionen geplant sind und welche Aufgaben durch Bund oder Land verursacht, aber kommunal bezahlt werden müssen.
- **Doppelhaushalt beweglich gestalten:** Wir unterstützen Doppelhaushalte, also Haushaltsplanungen für zwei Jahre, wenn sie Planungssicherheit schaffen, um dadurch Träger*innen im zweiten Haushaltsjahr schneller handlungsfähig machen. Gleichzeitig müssen politische und verwaltungsinterne Deckungsreserven ausreichend hoch sein, damit Rat und Verwaltung auch im zweiten Jahr auf neue Bedarfe, Krisen, Preissteigerungen oder Förderchancen reagieren können. Ein Doppelhaushalt darf nicht bedeuten, dass Gestaltung im zweiten Jahr blockiert wird.

- 56
- **Keine pauschalen Kürzungen bei Personal und Infrastruktur:** Eine überlastete Verwaltung wird nicht leistungsfähiger, wenn man dringend benötigte Stellen streicht. Wir setzen auf gezielte Aufgabenkritik, schlankere Prozesse und Digitalisierung, aber nicht auf pauschale Personalkürzungen, die am Ende Verfahren verlängern und Beschäftigte zusätzlich belasten.
- 62
- **Einnahmeseite verantwortungsvoll stärken:** Stabile Finanzen entstehen nicht allein durch Sparen. Wir wollen deshalb auch die Einnahmeseite des städtischen Haushalts in den Blick nehmen. Dazu gehören eine gerechte Steuerpolitik, angemessene Gebühren, eine wirksame Bewirtschaftung des öffentlichen Raums und die konsequente Nutzung kommunaler Handlungsspielräume. Dabei achten wir darauf, Menschen mit geringem Einkommen nicht zusätzlich zu belasten.
- 69
- **Gewerbsteuer moderat und standortverträglich anpassen:** Braunschweig braucht eine leistungsfähige Infrastruktur, gute Bildung, verlässliche Verwaltung und attraktive öffentliche Räume – auch als Grundlage für eine starke lokale Wirtschaft. Wir wollen deshalb prüfen, wie der Gewerbesteuerhebesatz moderat und planbar auf ein Niveau vergleichbarer Kommunen angepasst werden kann. Eine solche Anpassung muss wirtschaftlich verantwortbar, transparent begründet und mit einer verlässlichen Standortpolitik verbunden sein.
- 77
- **Bettensteuer einführen:** Viele Kommunen nutzen bereits eine Übernachtungssteuer, um Einnahmen für die städtische Infrastruktur, Kultur, Tourismus, Veranstaltungen, Sauberkeit und Aufenthaltsqualität zu erzielen. Auch Braunschweig soll eine rechtssichere und praktikable Bettensteuer einführen. Wer von einer attraktiven Stadt profitiert, leistet damit einen angemessenen Beitrag dazu, dass sie attraktiv bleibt.
- 83
- **Gebührenordnung sachgerecht anpassen:** Gebühren müssen regelmäßig überprüft und dort angepasst werden, wo Aufwand, Kosten oder Nutzung öffentlicher Leistungen deutlich gestiegen sind. Dabei sollen soziale Härten vermieden und gemeinnützige, soziale, kulturelle und ehrenamtliche Aktivitäten nicht unangemessen belastet werden. Unser Ziel ist eine Gebührenordnung, die transparent, nachvollziehbar, sozial ausgewogen und kostengerecht ist.

- 89
- **Parkraummanagement ausweiten und fair bepreisen:** Öffentlicher Raum ist wertvoll und begrenzt. Wir wollen das Parkraummanagement ausweiten, Anwohnendenparken in belasteten Quartieren weiterentwickeln und Parkgebühren angemessen gestalten. Wer den öffentlichen Raum dauerhaft für private Fahrzeuge nutzt, soll einen fairen Beitrag leisten. Die Einnahmen sollen dazu beitragen, Quartiere zu entlasten, Fuß- und Radverkehr, ÖPNV, Barrierefreiheit, Stadtgrün und Aufenthaltsqualität zu stärken.
- 96
- **Fördermittel strategisch und unbürokratisch nutzen:** Braunschweig soll Fördermittel von Land, Bund und EU systematischer einwerben. Dafür braucht es klare Zuständigkeiten und Unterstützung für Fachbereiche, freie Träger und städtische Gesellschaften.
- 100
- **Stärkung öffentlichen Eigentums und kommunaler Infrastruktur:** Öffentliches Eigentum ist ein zentraler Hebel für soziale, ökologische und demokratische Stadtpolitik. Wir lehnen weitere Privatisierungen der kommunalen Infrastruktur ab und wollen die Handlungsfähigkeit der Stadt durch starke Stadtgesellschaften, kommunalen Wohnungsbestand und Einfluss auf Energie, Wasser, Mobilität und soziale Daseinsvorsorge sichern.
- 106
- **Rekommunalisierung prüfen und kommunalen Einfluss ausbauen:** Bei zentraler Infrastruktur wie Energie, Wasser, Wohnen, Mobilität und öffentlicher Daseinsvorsorge wollen wir kommunalen Einfluss stärken. Rekommunalisierungen oder höhere kommunale Beteiligungen sollen dort geprüft werden, wo sie langfristig mehr Gemeinwohlorientierung, Transparenz, Versorgungssicherheit, Klimaschutz oder finanzielle Stabilität schaffen. Kurzfristige Haushaltseffekte dürfen nicht über langfristige Steuerungsfähigkeit gestellt werden.
- 114
- **Kommunale Pflichtaufgaben auskömmlich finanzieren:** Wir fordern von Bund und Land: Wer Aufgaben bestellt, muss sie auch bezahlen. Das Konnexitätsprinzip muss gestärkt werden. Kosten für bundes- und landesrechtlich geprägte Pflichtaufgaben – etwa in Jugendhilfe, Pflege, Eingliederungshilfe, Ganztage oder Integration – dürfen nicht dauerhaft zulasten der kommunalen Handlungsfähigkeit gehen.
- 120
- **Für gerechte Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung zugunsten der Kommunen eintreten:** Große Vermögen müssen stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens
- 121

122 beitragen. Wir unterstützen Initiativen für eine Wiedereinsetzung der
123 Vermögensteuer und eine gerechtere Erbschaftsteuer. Da Braunschweig dies
124 nicht allein entscheiden kann, setzen wir uns gegenüber Land und Bund
125 dafür ein, dass zusätzliche Einnahmen aus Vermögens- und
126 Erbschaftsbesteuerung direkt und verlässlich den Kommunen zugutekommen –
127 perspektivisch auch durch Modelle, die kommunale Erhebungs- oder
128 Beteiligungsrechte stärken.

129 **B) Verwaltung, die ermöglicht: Gutes Personal,** 130 **klare Verfahren, Gleichstellung**

131 Eine moderne Verwaltung ist kein Selbstzweck. Sie entscheidet darüber, ob
132 Menschen Unterstützung bekommen, ob Bau- und Sanierungsprojekte vorankommen, ob
133 soziale Träger verlässlich arbeiten können, ob Vereine entlastet werden und ob
134 politische Beschlüsse tatsächlich umgesetzt werden. Wir wollen eine Verwaltung,
135 die möglich macht, was politisch beschlossen und rechtlich zulässig ist.

- 136 • **Fachübergreifend arbeiten:** Viele kommunale Aufgaben passen nicht in
137 einzelne Ämter. Klimaschutz, Kinderarmut, Wohnen, Schulbau, Mobilität,
138 Digitalisierung und Gleichstellung brauchen Zusammenarbeit über
139 Fachgrenzen hinweg. Wir wollen dezernats- und fachbereichsübergreifende
140 Projektarbeit stärken, Doppelarbeit reduzieren und Verantwortung dort
141 ermöglichen, wo die fachliche Kompetenz liegt.
- 142 • **Nachhaltige und faire Beschaffung stärken:** Die Stadt Braunschweig hat als
143 große Auftraggeberin erheblichen Einfluss darauf, wie ressourcenschonend
144 und sozial eingekauft wird. Wir wollen kommunale Beschaffung stärker an
145 ökologischen, sozialen und regionalen Kriterien ausrichten. Dazu gehören
146 langlebige und ressourcenschonende Produkte, faire Lieferketten,
147 klimafreundliche Materialien sowie die schrittweise Umstellung der
148 städtischen Fahrzeugflotte auf emissionsarme Antriebe. Wir lassen eine
149 Anerkennung als Gemeinwohl-Gemeinde gemäß Gemeinwohl Ökonomie-Kriterien
150 prüfen und wollen die Landesförderung zur Umstellung von Kommunalen
151 Gesellschaften auf Gemeinwohlökonomie nutzen.
- 152 • **Ausbildungsoffensive für die Stadtverwaltung:** Die Stadt braucht
153 ausreichend qualifiziertes Personal, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.
154 Deshalb soll sie als Vorbild-Arbeitgeberin vorangehen: Mit mehr
155 Ausbildungsplätzen, dualen Studiengängen, Quereinstiegsmöglichkeiten,

156 guter Einarbeitung, Fortbildung und verlässlichem Wissenstransfer. In
157 Kooperation mit Hochschulen, berufsbildenden Schulen, Betrieben und
158 städtischen Gesellschaften wollen wir Ausbildungsverbände und duale
159 Studienangebote ausbauen.

- 160 • **Gute Arbeit in einer starken Stadtverwaltung:** Die Stadt und ihre
161 Gesellschaften müssen als gutes Beispiel für Arbeitgebende vorangehen: Mit
162 fairer Bezahlung, Tarifbindung, Mitbestimmung, guter Führung, gesunden
163 Arbeitsbedingungen, moderner Personalentwicklung und
164 diskriminierungsfreien Bewerbungsverfahren. Digitalisierung und KI sollen
165 Beschäftigte entlasten und Routineaufgaben reduzieren, nicht zu Druck,
166 Kontrolle oder Entwertung von Arbeit führen.

- 167 • **Arbeit und Leben vereinen:** Die Stadtverwaltung soll flexible
168 Arbeitszeitmodelle, mobiles Arbeiten, familienfreundliche Strukturen,
169 verlässliche Vertretungslösungen und eine lebensphasenorientierte
170 Personalpolitik als Vorbild umsetzen.

- 171 • **Frauen und Vielfalt in der Verwaltung fördern:** Gleichstellung muss auch
172 innerhalb der Stadtverwaltung konkret werden. Wir setzen uns für mehr
173 Frauen in Führungspositionen und eine vielfältigere Stadtverwaltung ein,
174 transparente Beförderungswege, diskriminierungsfreie Auswahlverfahren,
175 gleiche Bezahlung, gute Vereinbarkeit und wirksame Maßnahmen gegen
176 sexuelle Belästigung, Rassismus und andere Formen von Diskriminierung ein.
177 Dazu müssen aktuelle Personalgewinnungsstrategien und Bewerbungsverfahren
178 genauso auf den Prüfstand, wie Angebote zur Vernetzung, Stärkung und
179 Qualifikation.

- 180 • **Armutssensible und diskriminierungsfreie Verwaltung:** Verwaltung muss für
181 alle Menschen zugänglich sein. Formulare, Bescheide und Verfahren sollen
182 verständlicher werden. Mehrsprachige Informationen, einfache Sprache,
183 barrierefreie Zugänge und geschulte Mitarbeitende helfen, Hürden
184 abzubauen. Niemand soll auf Hilfe verzichten, weil Verfahren abschreckend
185 oder unverständlich sind.

186 **C) Digitales Braunschweig: einfach, sicher,**
187 **offen und verantwortungsvoll**

188 Digitale Verwaltung soll den Alltag erleichtern: für Bürger*innen, Unternehmen,
189 Vereine und die Beschäftigten der Stadt. Braunschweig hat mit Smart-City-
190 Prozessen, Open Data und digitalen Beteiligungsangeboten bereits Grundlagen
191 gelegt. Diese wollen wir besser nutzbar, bekannter und wirksamer machen.
192 Digitalisierung ist für uns kein Selbstzweck: Sie muss Verfahren beschleunigen,
193 Zugänge verbessern, demokratische Kontrolle stärken und darf niemanden
194 ausschließen. Persönliche Beratung, telefonische Erreichbarkeit und analoge
195 Antragswege bleiben unverzichtbar.

- 196 • **Datenschutz und Cybersicherheit:** Je digitaler die Stadt wird, desto
197 wichtiger ist der Schutz sensibler Daten. Wir setzen auf hohe IT-
198 Sicherheitsstandards, regelmäßige Schulungen, klare Verantwortlichkeiten
199 und transparente Regeln. Bürger*innen müssen darauf vertrauen können, dass
200 ihre Daten sicher verarbeitet werden.

- 201 • **Digitale Infrastruktur weiterentwickeln:** Schnelles Internet, öffentliches
202 WLAN an sinnvollen Orten und verlässliche digitale Infrastruktur sind Teil
203 moderner Daseinsvorsorge. Wir wollen bestehende Lücken schließen und
204 digitale Angebote so gestalten, dass sie im Alltag wirklich helfen.

- 205 • **Digitale Werkzeuge sicher und praxistauglich nutzbar machen:**
206 Digitalisierung scheitert nicht allein an Technik oder Kompetenz, sondern
207 oft an unklaren Zuständigkeiten, Sicherheitsbedenken, komplizierten
208 Verfahrensvorgaben oder fehlenden Freigaben für praxistaugliche Tools. Wir
209 wollen deshalb klare Regeln schaffen, damit digitale Anwendungen und KI-
210 Werkzeuge rechtssicher, datenschutzkonform und alltagstauglich genutzt
211 werden können. Die Verwaltungs-IT muss dafür ausreichend ausgestattet,
212 sicher und serviceorientiert aufgestellt sein. Beschäftigte sollen nicht
213 mit ungeeigneten Systemen allein gelassen werden, sondern verlässliche
214 Unterstützung, Fortbildungen und sichere digitale Arbeitsumgebungen
215 erhalten.

- 216 • **Digitale Souveränität stärken:** Bei neuen digitalen Systemen wollen wir
217 stärker auf offene Schnittstellen, standardisierte Verfahren, Datenschutz,
218 IT-Sicherheit und langfristige Unabhängigkeit achten. Wo sinnvoll möglich,
219 sollen Open-Source-Lösungen oder europäische Anbieter genutzt werden.
220 Entscheidend ist, dass Systeme sicher, interoperabel, bezahlbar und für
221 die tägliche Arbeit der Verwaltung wirklich nutzbar sind.

- 222 • **Verfahren beschleunigen:** Wir setzen uns für transparente
223 Beantragungsprozesse mit verbindlichen Bearbeitungsfristen, transparenten
224 Verfahrensständen und standardisierten digitalen Antragswegen ein.
- 225 • **Digital, aber nicht nur digital:** Digitalisierung darf niemanden
226 ausschließen. Bürger*innenbüros, persönliche Beratung, telefonische
227 Erreichbarkeit und analoge Antragswege bleiben wichtig. Besonders ältere
228 Menschen, Menschen mit Behinderung, Menschen mit wenig Geld, geringen
229 Deutschkenntnissen oder ohne stabile digitale Ausstattung brauchen
230 verlässliche Unterstützung.
- 231 • **Digitale Teilhabe stärken:** Wir wollen digitale Hilfen in Stadtteilen,
232 Bibliotheken, Nachbarschaftszentren und sozialen Einrichtungen ausbauen.
233 Menschen sollen Unterstützung bekommen, wenn sie Online-Anträge stellen,
234 digitale Endgeräte nutzen oder sich sicher im Netz bewegen wollen.
- 235 • **KI als wirksames Verwaltungswerkzeug nutzen:** Wir wollen Künstliche
236 Intelligenz dort einsetzen, wo sie die Arbeit der Verwaltung spürbar
237 erleichtert, Verfahren beschleunigt und den Service für Bürger*innen
238 verbessert. KI verstehen wir dabei als unterstützendes Werkzeug für die
239 Beschäftigten – etwa bei Recherche, Übersetzungen, Formularhilfen,
240 Terminsteuerung, Dokumentensuche, internen Abläufen oder der Aufbereitung
241 von Informationen. So können Routineaufgaben reduziert und mehr Zeit für
242 Beratung, Prüfung und komplexe Entscheidungen gewonnen werden.
- 243 • **KI für besseren Service und weniger Barrieren:** Auch im Kontakt mit
244 Bürger*innen kann KI helfen, Hürden abzubauen – etwa durch mehrsprachige
245 Chatbots, digitale Assistenzsysteme, verständliche Informationen oder
246 intelligente Anwendungen wie eine smarte Parkraummanagement-App.
247 Persönliche Beratung und analoge Zugänge bleiben dabei unverzichtbar.
- 248 • **Klare Regeln für KI:** Der Einsatz von KI braucht klare Regeln. Datenschutz,
249 Datensicherheit, Transparenz, Barrierefreiheit und diskriminierungsfreie
250 Anwendung müssen von Anfang an gewährleistet sein. Beschäftigte müssen
251 qualifiziert und bei der Einführung neuer Systeme beteiligt werden.
252 Entscheidungen über sensible Angelegenheiten dürfen nicht allein
253 automatisiert getroffen werden.

- 254
- **Open Data besser nutzbar machen:** Das bestehende Open-Data-Portal, Open GeoData und das Geoportal FRISBI wollen wir ausbauen, bekannter machen und stärker mit Stadtplanung, Mobilität, Klima, Haushalt und Beteiligung verknüpfen. Offene Daten sollen nicht nur vorhanden sein, sondern verständlich, aktuell und praktisch nutzbar werden.
- 255
256
257
258

259 **D) Beteiligung und Transparenz: Stadt gemeinsam gestalten**

260 Eine handlungsfähige Stadt braucht Vertrauen. Vertrauen entsteht, wenn
261 Entscheidungen nachvollziehbar sind, Menschen frühzeitig beteiligt werden und
262 Politik offen erklärt, welche Spielräume bestehen. Braunschweig hat mit dem
263 Grundsatzkonzept Bürgerbeteiligung, der Plattform mitreden.braunschweig und dem
264 Team Bürger*innenbeteiligung wichtige Schritte gemacht. Darauf bauen wir auf.
265 Jetzt kommt es darauf an, Beteiligung konsequent anzuwenden, weiterzuentwickeln
266 und so zu gestalten, dass nicht nur die Lautesten gehört werden.

- **Grundsatzkonzept Bürger*innenbeteiligung konsequent anwenden:** Das beschlossene Grundsatzkonzept Bürgerbeteiligung wollen wir in allen geeigneten Vorhaben verbindlich anwenden, regelmäßig evaluieren und weiterentwickeln. Beteiligung muss frühzeitig beginnen, die Betroffenen erreichen, verständlich sein und sichtbar machen, wie Ergebnisse in Entscheidungen einfließen.
- 267
268
269
270
271
272
- **Beteiligungsplattform bekannter und wirksamer machen:** Die Plattform mitreden.braunschweig und die Vorhabenliste sollen weiter ausgebaut und stärker genutzt werden. Bürger*innen sollen frühzeitig sehen können, welche Projekte geplant sind, wo Beteiligung möglich ist, in welcher Phase sich ein Vorhaben befindet und wer zuständig ist. Zu diesem Zweck soll es für Bürger*innen möglich sein, Vorhaben zu bestimmten Themen oder Stadtbereichen zu abonnieren.
- 273
274
275
276
277
278
279
- **Team Bürger*innenbeteiligung stärken:** Das Team Bürger*innenbeteiligung soll dauerhaft ausreichend ausgestattet werden, damit es Bürger*innen beraten, Fachbereiche unterstützen und gute Beteiligungsprozesse frühzeitig begleiten kann.
- 280
281
282
283
- **Analoge und digitale Beteiligung verbinden:** Online-Beteiligung kann viele Menschen erreichen, ersetzt aber nicht Stadtteilgespräche, Workshops,
- 284
285

286 aufsuchende Formate, Jugendbeteiligung und persönliche Gespräche vor Ort.
287 Wir wollen Beteiligung so gestalten, dass unterschiedliche
288 Lebensrealitäten sichtbar werden.

289 • **Nicht nur die Lautesten hören:** Beteiligung muss inklusiv sein. Menschen
290 mit wenig Zeit, geringem Einkommen, Behinderungen, Sprachbarrieren oder
291 schlechten Erfahrungen mit Verwaltung müssen aktiv angesprochen werden.
292 Dafür braucht es einfache Sprache, barrierefreie Formate, Kinderbetreuung,
293 passende Uhrzeiten und Beteiligung direkt in den Stadtteilen.

294 • **Ideen der Stadtgesellschaft nutzen:** Braunschweig steckt voller Wissen und
295 Kreativität. Wir wollen Beteiligung, Open Data, Wissenschaft und
296 Stadtgesellschaft stärker zusammenbringen – etwa durch Ideenwerkstätten,
297 Reallabore oder Hackathons zu konkreten Herausforderungen der Stadt.

298 • **Beteiligungsbudgets prüfen:** Wir wollen prüfen, wie Stadtteil- oder
299 Beteiligungsbudgets mehr direkte Mitgestaltung vor Ort ermöglichen können.
300 Gerade kleinere Maßnahmen in Stadtteilen können so schneller und näher an
301 den Bedarfen der Menschen umgesetzt werden.

302 • **Kommunalwahlrecht ab 16 Jahren stärken:** Junge Menschen übernehmen
303 Verantwortung und sind von kommunalen Entscheidungen langfristig
304 betroffen. Wir unterstützen weiterhin das passive Kommunalwahlrecht ab 16
305 Jahren.